

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR SCHAFFUNG EINES BEIRATS FÜR MENSCHEN MIT
UNTERSTÜTZUNGSBEDARF**

INHALTSANGABE

Durch diesen Dekretvorentwurf wird in Ausführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein Beirat für Menschen mit Unterstützungsbedarf geschaffen, mit dem Ziel diese Menschen mit Unterstützungsbedarf aktiv bei der Umsetzung des Übereinkommens einzubeziehen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	7
Vorentwurf	10

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedete am 11. Mai 2009 das Dekret zur Zustimmung zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und zu dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006. Die belgische Ratifikation erfolgte am 2. Juli 2009. Damit bekräftigten sowohl Parlamente als auch Regierungen, dass der Aufbau einer inklusiven Gesellschaft, an der Menschen mit Behinderungen aktiv teilnehmen können, höchste Priorität hat. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten in zwei Artikeln u.a. dazu, Menschen mit Behinderungen in die Gesetzgebung und Formulierung von Konzepten, die sie betreffen, sowie in die Überwachung der Durchführung des Übereinkommens, einzubeziehen.

Artikel 4 Absatz 3 des Übereinkommens sieht Folgendes vor: „Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.“ Menschen mit Behinderungen sollen somit immer einbezogen werden, wenn die Staaten Maßnahmen zur Umsetzung des o.e. Übereinkommens treffen. Das Recht auf Partizipation ist nach Auffassung des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein bürgerliches und politisches Recht, das unmittelbar angewendet werden muss.

Artikel 33 regelt die innerstaatliche Durchführung des Übereinkommens und die Überwachung dieser Durchführung. Dazu gehört gemäß Artikel 33 Absätze 1 und 2 die Bestimmung staatlicher Anlaufstellen sowie die Schaffung oder Bestimmung einer Struktur, die einen oder mehrere unabhängige Mechanismen umfasst. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird diese Aufgabe von der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben (DSL) wahrgenommen. Absatz 3 dieses Artikels besagt zudem Folgendes: „Die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen, wird in den Überwachungsprozess einbezogen und nimmt in vollem Umfang daran teil.“

Artikel 33 Absatz 3 ist daher als Ergänzung zu Artikel 4 Absatz 3 zu verstehen. Der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ermutigt Organisationen von oder für Menschen mit Behinderungen an den Staatenberichtsverfahren teilzunehmen. Die Organisationen können schriftliche Stellungnahmen einreichen und der Ausschuss kann sie zu seinen Sitzungen einladen, um einen Dialog über die Umsetzung der Konvention durch die Staaten zu ermöglichen.

Organisationen von oder für Menschen mit Unterstützungsbedarf können zudem im Rahmen der Verfahren zur Erarbeitung von sogenannten „General Comments“, das heißt Allgemeinen Bemerkungen, sowie im Rahmen individueller Verfahren im Beschwerdemechanismus Stellungnahmen abgeben. Die Verpflichtung zur Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Umsetzung und Überwachung der Konvention steht in einem engen thematischen Zusammenhang mit dem Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Artikel 29) und insbesondere dessen Punkt b, welcher die Staaten verpflichtet, aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und ohne Diskriminierung mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können. Es besteht somit eine positive Pflicht der Staaten Maßnahmen zu treffen, um die Ausübung dieses Rechts zu gewährleisten und insbesondere

durch „angemessene Vorkehrungen“ sicherzustellen, dass Personen mit Behinderungen in der Lage sind dieses Recht aktiv wahrzunehmen.

In Ausführung dieser Bestimmungen hat die DSL die Initiative ergriffen, Vertreter der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aktiven Vereinigungen von und für Menschen mit Unterstützungsbedarf regelmäßig zu Versammlungen einzuladen, bei denen sie zu Entwürfen von Regelungen befragt und über anstehende Maßnahmen informiert wurden.

Dieser faktische Verbund erhielt den Namen „Kleines Forum“, in Anlehnung an das Europäische Forum für Menschen mit Behinderungen. Das „Kleine Forum“ trat dem Belgischen Disability Forum (BDF) bei, dem belgischen Konsultationsgremium auf föderaler Ebene. Dies hatte zur Folge, dass ein ständiger Vertreter in das BDF entsandt werden konnte.

Bisher wurde die Organisation der Zusammenkünfte des „Kleinen Forums“ mit Dienststelle und Regierung von der DSL gewährleistet. Die DSL stellte auch das Sekretariat bei diesen Treffen und zahlte die jährlichen Beiträge für die Mitgliedschaft im BDF.

Von behördlicher Seite wie von Seiten der Vereinigungen bestand jedoch immer das Bestreben, eine Form und Grundlage zu finden, die es den Vereinigungen von und für Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglichen würden, den Konsultationsprozess entsprechend den Bestimmungen der UN-Konvention unabhängig zu gestalten. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass es sich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eher um kleine Vereinigungen handelt, die weder über die personellen noch materiellen Mittel verfügen, um derlei Aufgaben schaffen zu können.

Darüber hinaus betreffen Themen bezüglich Menschen mit Unterstützungsbedarf alle Bereiche des täglichen Lebens, dazu gehören unter anderem Information, Beschäftigung, Wohnen, Bildung, Kultur, Mobilität und Transport, Sport, Freizeit. Es handelt sich somit um eine bereichsübergreifende Herausforderung für alle zuständigen Stellen.

Es bedarf daher eines Konsultationsgremiums, das eigenständig und unabhängig die Sicht der Zivilgesellschaft zu den Herausforderungen der Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Bewältigung ihres Alltags wiedergeben kann. Um dies zu gewährleisten, soll ein Beirat geschaffen werden, der in der Lage ist, einen breiteren Aufgabenbereich wahrzunehmen und der durch zeitnahe Gutachten und Stellungnahmen zu Gesetzen, Regelungen und Maßnahmen die Interessen und Bedarfe der Menschen mit Unterstützungsbedarf formuliert. Dieses Gremium soll strukturell in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden können und ständiger Ansprechpartner für Regierung und Behörden sein. Des Weiteren soll der Beirat durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Lebensbedingungen von Menschen mit Unterstützungsbedarf deren Inklusion in der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter fördern.

Der vorliegende Dekretvorentwurf stellt die rechtliche Grundlage dieses Vorhabens dar und wurde unter Einbeziehung der Vertreter der Vereinigungen von und für Menschen mit Unterstützungsbedarf erstellt.

Der Verwaltungsrat der Dienststelle hat in seinem Gutachten vom 29. März 2022 ange-regt die Namensgebung des Beirates „für Menschen mit Beeinträchtigung“ in Beirat „für Menschen mit Unterstützungsbedarf“ umzuändern. Dieser Vorschlag wurde im Dekretvorentwurf berücksichtigt. Der Verwaltungsrat begründet dies damit, dass neben den medizinischen Ursachen, Auswirkungen und Begleiterkrankungen der Beeinträchtigung auch ein besonderes Augenmerk auf das Geschlecht, das Alter, die Herkunft, die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität und andere Merkmale gerichtet werden muss, die zusätzlich dazu beitragen können, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf an ihrer vollen und

gleichberechtigten Teilhabe gehindert werden. Exemplarisch weist der Verwaltungsrat auf das Thema Alter hin, da man im Alter zumindest vergleichbaren Herausforderungen und Barrieren gegenübersteht wie Personen, die diese Bedarfe früher entwickelt haben. Zudem weist der Verwaltungsrat darauf hin, dass derzeit auch ein demographischer Wandel innerhalb der Gruppe der Menschen mit Unterstützungsbedarf stattfindet. Durch medizinische Entwicklungen steigt die Lebenserwartung teils drastisch und das Zielpublikum entwickelt sich verstärkt in Richtung mehrfacher und komplexer Unterstützungsbedarfe. Gleichzeitig weisen wissenschaftliche Erkenntnisse auch auf ein deutlich früheres Auftreten gewisser Alterserkrankungen in dieser Gruppe hin. Der Übergang von der Gruppe der jüngeren Menschen mit Unterstützungsbedarf hin zur Gruppe der Senioren mit Unterstützungsbedarf ist somit fließend. Vor diesem Hintergrund erachtet der Verwaltungsrat eine terminologische Anpassung an die gängige ostbelgische Terminologie als zwingend erforderlich.

Dies erfordert sicherlich eine enge Abstimmung des Beirates mit anderen, insbesondere zielgruppenspezifischen Beiräten und der Zivilgesellschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, da hier zwangsläufig thematische Schnittmengen sein werden.

Darüber hinaus schlägt der Verwaltungsrat der Dienststelle vor, die im Dekret aufgeführte besondere Bindung des Beirates zur Dienststelle aufzuheben. Von Seiten der Dienststelle sind die Unabhängigkeit des Beirates und die strikte Trennung deontologisch notwendig, um gewährleisten zu können, dass die Dienststelle ihre Aufgaben im geschützten Rahmen wahrnehmen kann, die ihr gemäß dem Dekret vom 13. Dezember 2016 sowie weiteren Rechtsgrundlagen insbesondere in der Begleitung von Menschen mit Unterstützungsbedarf zufallen. Die Dienststelle sieht demnach die im Kommentar aufgeführten Beispiele mit Blick auf die Dienststelle selbst kritisch und bemerkt, dass der Beirat eine Vereinbarung bzgl. der Räumlichkeiten, das Sekretariat, die Buchhaltung, usw. sicherlich mit vergleichbaren Organisationen der Zivilgesellschaft abschließen könne, jedoch aus den vorgenannten Gründen nicht mit der Dienststelle.

Gleichzeitig stellt die Dienststelle die grundsätzliche Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen dem Beirat und der Dienststelle und/oder anderen Partnern wie beispielsweise dem Ministerium bei der gemeinsamen Durchführung von Informations- oder Sensibilisierungsmaßnahmen jedoch nicht in Frage. Die Dienststelle würde beispielsweise gerne das Sensibilisierungsprojekt DG Inklusiv durch eine Vereinbarung an den Beirat übertragen. Der spezifische Verweis auf die Dienststelle wurde daher sowohl im verfügenden Teil des Dekretvorentwurfs als auch in den Kommentaren zum Dekret gestrichen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Bei der Umsetzung der UN-Konvention handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die im Parlament behandelt werden soll und möglichst zu einem breiten Konsens führen sollte. Darüber hinaus sollen eigene Mittel durch das Konsultationsgremium generiert werden, sodass die Rechtspersönlichkeit erforderlich ist. Ein Dekret ist daher die geeignetste rechtliche Grundlage zur Schaffung des neuen Konsultationsgremiums.

Artikel 2

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretvorentwurfs, die an mehreren Stellen vorkommen und sorgt so für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 3

Die Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekretvorentwurf gelten für alle Geschlechter.

Artikel 4

Die Aufgaben des Beirats umfassen Begutachtungs- und Sensibilisierungsaufgaben. Darüber hinaus entsendet der Beirat Vertreter in verschiedene Gremien und kann eigene Projekte initiieren.

Um dem Beirat zu ermöglichen, die Aufgaben in vollem Maße wahrzunehmen, wird dessen Verantwortlichen die Möglichkeit eröffnet mit anderen Organisationen Vereinbarungen abzuschließen (beispielsweise für die Räumlichkeiten, das Sekretariat, die Buchhaltung, usw.).

Artikel 5

Dieser Artikel regelt die Zusammensetzung des Beirats. Um den Prozess so demokratisch wie möglich zu gestalten, soll eine größtmögliche Vertretung der betroffenen Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet werden.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen eine deutlich rückläufige Mitgliederzahl bei den Vereinigungen. Betroffene Menschen mit Unterstützungsbedarf bevorzugen zunehmend sich unter anderem über die sozialen Medien zu informieren und auszutauschen. In der Zusammensetzung werden daher ebenfalls Mandate vorgesehen, die es ermöglichen, betroffene Menschen mit Unterstützungsbedarf einzubeziehen, die nicht Mitglied einer Vereinigung sind.

Das Wirken der Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf auf kommunaler Ebene veranlasst zweifellos eine bürgernahe, praktische Umsetzung der Bestimmungen der UN-Konvention, sodass vier Mandate für Vertreter der kommunalen Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf vorgesehen sind. Diese Vertreter werden von den Gemeinden, in denen ein solcher Beirat existiert, entsandt. Wenn mehr als zwei kommunale Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf in einem Teilgebiet aktiv sind, so sollen sich die Gemeinden auf die Vertreter einigen.

Chronische Krankheiten können langzeitige Unterstützungsbedarfe zur Folge haben. Deshalb gehören diese Menschen mit Unterstützungsbedarf ebenfalls zur Zielgruppe.

Mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder müssen Menschen mit Unterstützungsbedarf sein bzw. Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf. Wünschenswert ist, dass es auch mehr sind.

Aus Gründen der Wahrung des Schutzes der Privatsphäre soll ausdrücklich vermieden werden, die Mitglieder dazu zu verpflichten, dies in irgendeiner Weise rechtfertigen zu müssen.

Alle Mitglieder des Gremiums sind dazu verpflichtet, die Bedürfnisse und Belange aller in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnenden Menschen mit Unterstützungsbedarf zu vertreten, dies insbesondere dann, wenn bestimmte Arten von Beeinträchtigungen nicht im Gremium vertreten sind.

Die Regierung bestellt die Vertreter der Vereinigungen von oder für Menschen mit Unterstützungsbedarf auf Vorschlag dieser Vereinigungen. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören dazu aktuell die ABH, Alteo, die Blindenhilfswerke Eupen und St. Vith, die

CVIB, die HOB, die Rollis der Ostkantone, die UVIB. Des Weiteren bestellt die Regierung die Vertreter der kommunalen Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf und den Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben jeweils auf deren Vorschlag.

Darüber hinaus veröffentlicht die Regierung einen öffentlichen Aufruf. Interessierte betroffene Menschen mit Unterstützungsbedarf, können sich daraufhin für eine Mitgliedschaft bewerben.

Dem Geiste der UN-Konvention und ihren allgemeinen Kommentaren entsprechend sollen Fachleute nicht permanente Mitglieder des Beirats sein, sondern punktuell und je nach Bedarf zu den Sitzungen des Beirats eingeladen werden.

Artikel 6

Artikel 6 regelt die Funktionsweise innerhalb des Beirats. Es werden unter anderem die wesentlichen Inhalte der Geschäftsordnung festgelegt.

Zusätzlich zur Vorschrift eines Mindestmaßes an Aktivitäten sieht dieser Artikel vor, dass den Mitgliedern seitens des Gremiums die Möglichkeit gegeben wird, aktiv an den Sitzungen teilzunehmen. Zu den in diesem Artikel erwähnten Rahmenbedingungen gehören die „angemessenen Vorkehrungen“. Damit sind die Erfüllung der Voraussetzungen für Mobilität, Zugänglichkeit, persönliche Assistenz und die Berücksichtigung einer gegebenenfalls unterstützten Entscheidungsfindung gemeint.

Artikel 7

Dieser Artikel sieht die Berichtsmöglichkeiten vor.

Artikel 8 und 9

In diesen beiden Artikeln werden die finanziellen Rahmenbedingungen für die Funktionsweise des Beirats festgelegt.

Artikel 10

Dieser Artikel eröffnet dem Beirat die Möglichkeit selbst Personal einzustellen und legt die Besoldungsregeln fest. Das Personal muss mindestens über ein Abitur und über eine Berufserfahrung im Sozialbereich von mindestens 3 Jahren oder über ein Bachelordiplom verfügen.

Artikel 11

Dieser Artikel sieht vor, dass die Mitglieder Anrecht auf die Sitzungs- und Fahrtentschädigungen haben, die die Regierung für alle beratenden Gremien festlegt.

Artikel 12 und 13

Diese Artikel ändern das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben dahingehend ab, dass die Vertretung der Zivilgesellschaft im Verwaltungsrat der Dienststelle einerseits mittels eines Vertreters des neuen Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf erfolgt sowie andererseits, aufgrund des erweiterten Aufgabefeldes der Dienststelle, mittels eines Vertreters der gemäß Artikel 66 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote

für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege eingesetzten kommunalen Seniorenbeiräte. Artikel 35 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 wird dahingehend abgeändert, dass die strukturelle Beteiligung der Zivilgesellschaft am nicht personenbezogenen Entscheidungsprozess durch die Schaffung vorliegenden Beirates gewährleistet wird.

Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt das Inkrafttreten des Dekrets. Der 1. November 2022 wurde als Datum des Inkrafttretens vorgesehen, damit der Beirat zeitig zum 3. Dezember, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, eingesetzt werden kann.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf

KAPITEL 1 - SCHAFFUNG UND AUFGABEN DES BEIRATS FÜR MENSCHEN MIT UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

Artikel 1 - Schaffung des Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf

Es wird ein Beirat für Menschen mit Unterstützungsbedarf geschaffen.

Der Beirat erhält die Rechtspersönlichkeit. Er hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Beirat: der in Artikel 1 erwähnte Beirat für Menschen mit Unterstützungsbedarf;
2. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. UN-Konvention: das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschlossen zu New York am 13. Dezember 2006.

Art. 3 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 4 - Aufgaben des Beirats

§1 - Die Aufgaben des Beirats umfassen:

1. die Abgabe von Gutachten und Stellungnahmen zur Lebenssituation von Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag des Parlaments, der Regierung, der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets oder der Dienststelle;
2. die Abgabe von Gutachten zu jeder Abänderung des vorliegenden Dekrets, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung;
3. die konstruktive Begleitung und Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der UN-Konvention und die Ausarbeitung von Inklusionsansätzen;
4. den ständigen Austausch mit den Vereinigungen von oder für Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Gewährleistung einer engen Zusammenarbeit mit ihnen;
5. das Einreichen von Vorschlägen zur Bestellung eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Dienststelle, in die aufgrund des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur geschaffene Kommission zur barrierefreien Gestaltung von bezuschussten Infrastrukturen, in das Belgian Disability Forum, in den Ausschuss für die UN-Konvention des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit sowie gegebenenfalls in andere einschlägige Organisationen.

Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 erwähnten Gutachten werden innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags unterbreitet. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft.

§2 - Darüber hinaus kann der Beirat:

1. Aktivitäten und Projekte zur Inklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie zur Information und Sensibilisierung der Gesellschaft durchführen;
2. Alternativberichte zur Umsetzung der UN-Konvention verfassen;
3. gemäß den Modalitäten des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung als Kläger vor Gericht auftreten im Falle von Diskriminierungen von Menschen mit Unterstützungsbedarf.

§3 - Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Beirat Vereinbarungen mit anderen Organisationen abschließen.

KAPITEL 2 - ZUSAMMENSETZUNG UND FUNKTIONSWEISE DES BEIRATS

Art. 5 - Zusammensetzung des Beirats

§1 - Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter pro Vereinigung von oder für Menschen mit Unterstützungsbedarf, die als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht organisiert ist und ihren Sitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. mindestens drei volljährige Menschen mit Unterstützungsbedarf oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Unterstützungsbedarf;
3. vier Vertreter der kommunalen Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf, von denen zwei aus dem Norden und zwei aus dem Süden des deutschen Sprachgebiets entsandt werden.

Mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder sind Menschen mit Unterstützungsbedarf oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Dem Beirat gehören folgende Mitglieder mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. ein Vertreter des zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. ein Vertreter der Dienststelle.

§2 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats ein Präsidium bestehend aus einem Präsidenten und zwei Vize-Präsidenten. Insofern entsprechende Kandidaturen vorliegen, wird mindestens eines der Ämter durch eine gemäß §1 Absatz 1 Nummer 2 bestellte Person wahrgenommen.

§3 - Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und ein Ersatzmitglied für jedes Mitglied.

Die in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Beirat vertretenen Vereinigungen bestellt. Die in §1 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder werden mittels eines öffentlichen Aufrufs in der lokalen Presse bestellt. Die in §1 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen kommunalen Beiräte für Personen mit Unterstützungsbedarf bestellt. Das in §1 Absatz 3 Nummer 3 erwähnte Mitglied wird auf Vorschlag der Dienststelle bestellt.

Schlägt einer der Vorschlagsberechtigten keinen Kandidaten vor, sodass die Einsetzung des Beirats nicht gemäß §1 durchgeführt werden kann, ist die Bestellung der übrigen

Mitglieder und Ersatzmitglieder des Beirats und dessen Zusammensetzung dennoch als ordnungsgemäß zu betrachten.

Vakant gebliebene Mandate können auch nach Einsetzung des Beirats entsprechend dem in den §1 und Absätzen 1 bis 3 festgelegten Verfahren besetzt werden.

§4 - Die Mandatszeit der Mitglieder beträgt fünf Jahre und ist erneuerbar.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts endet das Mandat der Mitglieder des Beirats mit dem Entzug des Mandats durch die betreffende vorschlagsberechtigte Vereinigung.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

Wird ein Mandat im Beirat vakant, bestellt die Regierung ein neues Mitglied entsprechend dem in den §§1 und 3 festgelegten Verfahren.

§5 - Der Beirat kann Vertreter von nicht im Beirat vertretenen Vereinigungen und Organisationen anhören sowie Fachleute mit beratender Stimme zu einzelnen Sitzungen einladen.

Art. 6 - Funktionsweise des Beirats

§1 - Der Beirat gibt sich innerhalb der ersten drei Monate nach der Einsetzung eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Rates und insbesondere nachfolgende Aspekte:

1. die Regeln bezüglich Einberufung des Beirats und Eintragung der Punkte in die Tagesordnung;
2. die Regeln bezüglich der Wahl des Präsidenten, der Vize-Präsidenten und des Vorsitzes der Sitzungen;
3. die Regeln bezüglich der Organisation des Beirats, der Arbeitsaufteilung sowie der Rechte und Pflichten des Präsidiums und der Mitglieder.

§2 - Der Beirat versammelt sich mindestens vier Mal jährlich.

§3 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Präsidenten ausschlaggebend.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Präsident zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Rat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§4 - Für die Durchführung der Sitzungen des Beirats sowie bei allen Veranstaltungen und Projekten, die der Beirat durchführt, werden Rahmenbedingungen geschaffen, die Menschen mit Unterstützungsbedarf die Beteiligung ermöglichen.

Art. 7 - Berichterstattung

Im Laufe des ersten Quartals eines jeden Jahres verfasst der Beirat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr sowie ein Arbeitsprogramm des laufenden Jahres, die er zeitgleich der Regierung und dem Parlament übermittelt.

KAPITEL 3 - FINANZEN, HAUSHALT UND PERSONAL

Art. 8 - Finanzmittel

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt der Beirat über eine zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Dotation in Höhe von mindestens 70.000 Euro.

Die finanziellen Mittel sind zweckgebunden. Sie können für Personal-, Funktions- und Infrastrukturkosten verwendet werden.

Der Beirat darf eigene Mittel generieren sowie Schenkungen und Legate erhalten.

Art. 9 - Haushaltsplan

Der Beirat stellt jährlich einen Haushaltsplan für das Folgejahr auf, der der Regierung zur Genehmigung vorgelegt wird.

Der Haushaltsplan eines Jahrs wird vor Ablauf des dritten Trimesters des vorhergehenden Jahres bei der Regierung eingereicht, die binnen 30 Tagen Stellung bezieht. Erfolgt keine Stellungnahme der Regierung in dieser Frist, gilt der Haushaltsplan als genehmigt.

Nach der Genehmigung übermittelt die Regierung den Haushaltsplan innerhalb eines Monats zur Kenntnisnahme an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Beirat reicht bis spätestens zum 30. April eines jeden Jahres die Bilanz- und Ergebnisrechnung des Vorjahres bei der Regierung ein.

Art. 10 - Personal

Der Beirat kann eigenes Personal einstellen.

Der Beirat beschäftigt Personal in Höhe von mindestens einer Vollzeitäquivalentstelle. Die Funktion kann von einer oder mehreren Personen wahrgenommen werden. Diese verfügen mindestens über das Diplom eines Bachelors oder einen gleichgestellten Studiennachweis oder über das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder einen gleichgestellten Studiennachweis sowie eine Berufserfahrung im Sozialbereich von mindestens drei Jahren.

Die Besoldungsbestimmungen, die für die Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten, sind auf das Personal des Beirats anwendbar.

Art. 11 - Entschädigungen

Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats und die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 5 §5 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf eine Aufenthalts- und Fahrtenschädigung gemäß den durch die Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 4 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 12 - Abänderungsbestimmung

Artikel 21 §1 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird wie folgt ersetzt:

„7. die in Artikel 20 Absatz 2 Nummer 4 erwähnten Mitglieder, jeweils auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie der kommunalen Beiräte für Senioreninteressen.“

Art. 13 - Abänderungsbestimmung

Artikel 35 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Die strukturelle Beteiligung der Zivilgesellschaft am nicht personenbezogenen Entscheidungsprozess wird durch die Schaffung eines Beirats für Menschen mit Unterstützungsbedarf gewährleistet.“

Art. 14 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. November 2022 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis**

Digital unterschrieben von
Antonios Antoniadis

Datum: 2022.06.13
08:33:24 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET TOT OPRICHTING VAN EEN ADVIESCOMMISSIE VOOR MENSEN
MET ONDERSTEUNINGSBEHOEFTE**

INHOUD

Bij dit voorontwerp van decreet wordt een adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte opgericht ter uitvoering van het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap, met als doel hen actief te betrekken bij de uitvoering van het Verdrag.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	7
Voorontwerp	10

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Op 11 mei 2009 heeft het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap een decreet aangenomen tot goedkeuring van het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het facultatieve protocol daarbij, opgemaakt te New York op 13 december 2006. De Belgische ratificatie vond plaats op 2 juli 2009. Hiermee bevestigden zowel parlementen als regeringen dat het opbouwen van een inclusieve samenleving waarin mensen met een handicap actief kunnen participeren, een topprioriteit is. In twee artikelen van het Verdrag worden de Staten die partij zijn onder meer ertoe verplicht om personen met een handicap te betrekken bij de wetgeving en bij de formulering van beleid dat hen aangaat, alsook bij het toezicht op de uitvoering van het Verdrag.

Artikel 4, lid 3, van het Verdrag luidt als volgt: "Bij het ontwikkelen en uitvoeren van wetgeving en beleid ter uitvoering van dit Verdrag en bij andere besluitvormingsprocessen over aangelegenheden die personen met een handicap betreffen, plegen de Staten die partij zijn nauw overleg met personen met een handicap, met inbegrip van kinderen met een handicap, en betrekken hen daar actief bij, via hun vertegenwoordigende organisaties." Mensen met een beperking moeten dus altijd erbij betrokken worden wanneer de Staten maatregelen nemen ter uitvoering van bovengenoemd Verdrag. Volgens het Comité van de Verenigde Naties voor de rechten van personen met een handicap is het recht op participatie een burgerlijk en politiek recht dat rechtstreeks moet worden toegepast.

Artikel 33 regelt de nationale uitvoering van het Verdrag en het toezicht op die uitvoering. Dit omvat, overeenkomstig artikel 33, leden 1 en 2, de aanwijzing van nationale contactpunten en de oprichting of aanwijzing van een structuur met een of meer onafhankelijke mechanismen. In de Duitstalige Gemeenschap wordt deze taak vervuld door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven (DSL). In lid 3 van dat artikel staat bovendien het volgende: "Het maatschappelijk middenveld, in het bijzonder personen met een handicap en de organisaties die hen vertegenwoordigen, wordt betrokken bij en participeert volledig bij de opvolging."

Artikel 33, lid 3, moet derhalve worden opgevat als een aanvulling op artikel 4, lid 3. Het Comité van de Verenigde Naties voor de rechten van personen met een handicap moedigt organisaties van of voor personen met een handicap aan deel te nemen aan rapportageprocedures van Staten. Organisaties kunnen schriftelijk hun standpunt te kennen geven en het Comité kan hen uitnodigen voor zijn vergaderingen om een dialoog mogelijk te maken over de uitvoering van het Verdrag door de Staten.

Organisaties van of voor mensen met ondersteuningsbehoefte kunnen ook hun standpunten te kennen geven in het kader van de procedures voor het opstellen van zogeheten "General Comments", alsmede in het kader van individuele procedures in de klachtenregeling. De verplichting om mensen met een handicap te betrekken bij de uitvoering van en het toezicht op het Verdrag hangt thematisch nauw samen met het recht op deelneming aan het politieke en openbare leven (artikel 29) en in het bijzonder met punt b) daarvan, dat de Staten verplicht actief een klimaat te bevorderen waarin mensen met een handicap daadwerkelijk en ten volle kunnen deelnemen aan de vormgeving van het openbare leven, op voet van gelijkheid met anderen en zonder discriminatie. Er rust dus een positieve plicht op de Staten om maatregelen te nemen om de uitoefening van dit recht te waarborgen en met name om er door middel van "redelijke aanpassingen" voor te zorgen dat personen met een handicap dit recht actief kunnen uitoefenen.

Ter uitvoering van deze bepalingen heeft de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven (DSL) het initiatief genomen om vertegenwoordigers van de verenigingen van en voor personen met ondersteuningsbehoefte die actief zijn in de Duitstalige Gemeenschap, regelmatig uit te

nodigen op bijeenkomsten waar zij werden geraadpleegd over ontwerp teksten en werden geïnformeerd over komende maatregelen.

Deze feitelijke vereniging kreeg de naam "Klein Forum", omdat de naam aanleunt bij die van het European Disability Forum. Het "Klein Forum" is aangesloten bij het Belgian Disability Forum (BDF), het Belgische overlegorgaan op federaal niveau. Dit had tot gevolg dat een permanente vertegenwoordiger naar het BDF kon worden gezonden.

Tot dusver organiseerde de Dienst voor zelfbeschikkend leven de vergaderingen die het "Klein Forum" samen met de Dienst voor zelfbeschikkend leven en de Regering hield. De Dienst voor zelfbeschikkend leven verzorgde ook het secretariaat van deze vergaderingen en betaalde de jaarlijkse lidmaatschapsbijdragen voor het BDF.

Zowel de overheidsinstanties als de verenigingen hebben er echter steeds naar gestreefd een vorm en een basis te vinden die de verenigingen van en voor mensen met ondersteuningsbehoefte in de Duitstalige Gemeenschap in staat zou stellen op een onafhankelijke manier vorm te geven aan het overlegproces in overeenstemming met de bepalingen van het VN-Verdrag. Dit geldt des te meer daar de verenigingen in de Duitstalige Gemeenschap over het algemeen klein zijn en niet over de menselijke of materiële middelen beschikken om dergelijke taken te kunnen vervullen.

Voorts betreffen onderwerpen die betrekking hebben op mensen met ondersteuningsbehoefte alle aspecten van het dagelijks leven, waaronder informatie, werkgelegenheid, huisvesting, onderwijs, cultuur, mobiliteit en vervoer, sport, vrije tijd, enzovoort. Het gaat dus om een transversale uitdaging die alle bevoegde instanties aangaat.

Daarom is er behoefte aan een overlegorgaan dat op onafhankelijke wijze de standpunten van het maatschappelijk middenveld kan weergeven over de uitdagingen waarmee mensen met ondersteuningsbehoefte worden geconfronteerd in hun dagelijks leven. Daartoe moet een adviescommissie worden opgericht die een breder takenpakket op zich kan nemen en die de belangen en behoeften van mensen met ondersteuningsbehoefte formuleert door tijdig adviezen en standpunten over wetten, regelingen en maatregelen te geven. Dit orgaan moet structureel bij de politieke besluitvormingsprocessen kunnen worden betrokken en een permanent aanspreekpunt zijn voor regering en overheidsinstanties. Door het publiek meer bewust te maken van de levensomstandigheden van mensen met ondersteuningsbehoefte, wil de Adviescommissie bovendien hun inclusie in de Duitstalige Gemeenschap verder bevorderen.

Dit voorontwerp van decreet vormt de rechtsgrondslag voor dit project en werd voorbereid met de medewerking van vertegenwoordigers van verenigingen van en voor mensen met ondersteuningsbehoefte.

In zijn advies van 29 maart 2022 heeft de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven voorgesteld om de voorgestelde naam van de adviescommissie "voor mensen met een beperking" te wijzigen door adviescommissie "voor mensen met ondersteuningsbehoefte". In het voorontwerp van decreet is met dit voorstel rekening gehouden. De raad van bestuur motiveert dit als volgt: naast de medische oorzaken, gevolgen en bijkomende ziekten die met een beperking gepaard gaan, moet ook bijzondere aandacht worden besteed aan geslacht, leeftijd, afkomst, seksuele geaardheid, genderidentiteit en andere kenmerken die er nog meer voor zorgen dat mensen met ondersteuningsbehoefte niet ten volle en op voet van gelijkheid kunnen deelnemen. Bij wijze van voorbeeld verwijst de raad van bestuur naar het thema 'ouderdom', aangezien men op oudere leeftijd ten minste vergelijkbare uitdagingen en belemmeringen heeft als mensen met ondersteuningsbehoefte die daar al vroeger mee worden geconfronteerd. Bovendien wijst de raad van bestuur erop dat er momenteel ook een demografische verandering gaande is binnen de groep van mensen met ondersteuningsbehoefte. Door medische ontwikkelingen neemt de levensverwachting soms in grote mate toe

en ontwikkelt de doelgroep zich steeds meer in de richting van meervoudige en complexe ondersteuningsbehoeften. Tegelijkertijd wijzen wetenschappelijke bevindingen ook op een aanzienlijk vroeger optreden van bepaalde leeftijdsgebonden ziekten in deze groep. De overgang van de groep jongere mensen met ondersteuningsbehoeften naar de groep senioren met ondersteuningsbehoeften verloopt dus vloeiend. Tegen deze achtergrond acht de raad van bestuur het absoluut noodzakelijk de terminologie aan te passen aan de term die in Oost-België gangbaar is.

Dit zal zeker een nauwe coördinatie van de adviescommissie met andere, met name doelgroepgerichte adviescommissies en het maatschappelijk middenveld in de Duitstalige Gemeenschap vereisen, aangezien er hier onvermijdelijk thematische overlappingen zullen zijn.

Luidens het decreet is er een bijzondere band tussen de Dienst voor zelfbeschikkend leven en de adviescommissie. De raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven stelt voor om die bijzondere band af te schaffen. Volgens de Dienst voor zelfbeschikkend leven zijn de onafhankelijkheid van de adviescommissie en de strikte scheiding deontologisch noodzakelijk om te kunnen garanderen dat de Dienst voor zelfbeschikkend leven zijn taken - die hem volgens het decreet van 13 december 2016 en andere rechtsgrondslagen toekomen, in het bijzonder bij de begeleiding van mensen met ondersteuningsbehoefte - in een beschermd kader kan uitoefenen. De Dienst voor zelfbeschikkend leven staat dan ook kritisch tegenover de voorbeelden die in het commentaar over haar worden gegeven en merkt op dat de adviescommissie zeker een overeenkomst over de ruimten, het secretariaat, de boekhouding, enz. zou kunnen sluiten met vergelijkbare organisaties van het maatschappelijk middenveld, maar - om de hierboven genoemde redenen - niet met de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Tegelijkertijd stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven echter niet ter discussie dat het principieel mogelijk is een overeenkomst te sluiten tussen de adviescommissie en de Dienst voor zelfbeschikkend leven en/of andere partners, zoals het Ministerie, voor de gezamenlijke uitvoering van voorlichtings- of bewustmakingsacties. De Dienst voor zelfbeschikkend leven zou bijvoorbeeld graag het bewustmakingsproject van *DG Inklusiv* via een overeenkomst willen overdragen aan de adviescommissie. De specifieke verwijzing naar de Dienst voor zelfbeschikkend leven is derhalve zowel in het dispositief van het voorontwerp van decreet als in de toelichtingen bij het decreet geschrapt.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

De tenuitvoerlegging van het VN-Verdrag is een uitdaging die de hele samenleving aangaat en die in het Parlement moet worden behandeld en waarover, zo mogelijk, een brede consensus zou moeten bereikt. Bovendien is het de bedoeling dat het overlegorgaan eigen middelen genereert en daarvoor moet het rechtspersoonlijkheid hebben. Een decreet is derhalve de meest geschikte rechtsgrondslag voor de oprichting van het nieuwe overlegorgaan.

Artikel 2

In dit artikel worden begrippen van het voorontwerp van decreet gedefinieerd; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 3

De verwijzingen naar personen in dit voorontwerp van decreet gelden voor alle geslachten.

Artikel 4

De taken van de adviescommissie omvatten taken in verband met adviesverlening en bewustmaking. Daarnaast vaardigt de adviescommissie vertegenwoordigers af naar diverse instanties en kan de adviescommissie zelf projecten initiëren.

Om de adviescommissie in staat te stellen haar taken ten volle uit te voeren, krijgen de verantwoordelijken de mogelijkheid om overeenkomsten te sluiten met andere organisaties (b.v. voor lokalen, secretariaat, boekhouding, enz.).

Artikel 5

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de adviescommissie. Om het besluitvormingsproces zo democratisch mogelijk te laten verlopen, wordt gestreefd naar een zo groot mogelijke vertegenwoordiging van de mensen met ondersteuningsbehoefte in de Duitstalige Gemeenschap.

Uit de ontwikkelingen van de laatste jaren blijkt dat het ledenaantal van de verenigingen duidelijk daalt. Mensen met ondersteuningsbehoefte geven er steeds meer de voorkeur aan zich te informeren en informatie uit te wisselen via onder meer de sociale media. De samenstelling zal daarom ook voorzien in mandaten die het mogelijk maken dat ook betrokkenen die geen lid zijn van een vereniging bij het besluitvormingsproces worden betrokken.

De werkzaamheden van de adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte op gemeentelijk niveau leiden ongetwijfeld tot een burgergerichte, praktische uitvoering van de bepalingen van het VN-Verdrag, zodat er vier mandaten zijn voor vertegenwoordigers van de gemeentelijke adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte. Deze vertegenwoordigers worden gezonden door de gemeenten waar een dergelijke adviescommissie bestaat. Indien in een deelgebied meer dan twee gemeentelijke adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte actief zijn, moeten de gemeenten het eens worden over de vertegenwoordigers.

Chronische ziekten kunnen leiden tot langdurige ondersteuningsbehoeften. Daarom behoren ook deze mensen met ondersteuningsbehoefte tot de doelgroep.

Ten minste de helft van de stemgerechtigde leden moet bestaan uit mensen met ondersteuningsbehoeften of ouders van kinderen en jongeren met ondersteuningsbehoeften. Het zou goed zijn als het zelfs meer dan de helft zou zijn.

Om redenen van persoonlijke levenssfeer moet uitdrukkelijk worden vermeden dat de leden ertoe worden verplicht zich op enigerlei wijze hiervoor te verantwoorden.

Alle leden zijn verplicht de behoeften en belangen te vertegenwoordigen van alle mensen met ondersteuningsbehoefte die in de Duitstalige Gemeenschap wonen, in het bijzonder als bepaalde soorten beperkingen niet in de adviescommissie vertegenwoordigd zijn.

De Regering wijst de vertegenwoordigers van de verenigingen van of voor mensen met ondersteuningsbehoefte aan op de voordracht van deze verenigingen. In de Duitstalige Gemeenschap zijn dit momenteel ABH, Alteo, Blindenhilfwerk Eupen, Blindenhilfswerk Sankt Vith, CVIB, HOB, Rollis der Ostkantone, UVIB. Voorts worden de vertegenwoordigers van de gemeentelijke adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte en de vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, elk op hun voordracht, door de Regering aangewezen.

Bovendien doet de Regering een openbare oproep. Mensen die interesse hebben en door een ondersteuningsbehoefte betroffen zijn, kunnen dan een aanvraag tot lidmaatschap indienen.

Overeenkomstig de geest van het VN-Verdrag en de algemene opmerkingen daarbij, mogen deskundigen geen permanent lid van de adviescommissie zijn, maar moeten zij worden uitgenodigd om op ad hoc-basis en naar gelang van de behoefte de vergaderingen van de adviescommissie bij te wonen.

Artikel 6

Artikel 6 regelt de werkwijze binnen de adviescommissie. Onder meer worden de inhoudelijke hoofdpunten van het huishoudelijk reglement vastgesteld.

Dit artikel schrijft niet alleen een minimumaantal activiteiten voor, maar bepaalt ook dat de leden door het orgaan in staat moeten worden gesteld actief aan de vergaderingen deel te nemen. De in dit artikel genoemde raamvoorwaarden omvatten de "redelijke aanpassingen". Dit houdt in dat wordt voldaan aan de eisen inzake mobiliteit, toegankelijkheid, persoonlijke bijstand en dat, waar nodig, ondersteunde besluitvorming in overweging wordt genomen.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt hoe verslag wordt uitgebracht.

Artikel 8 en 9

In deze twee artikelen worden de financiële raamvoorwaarden voor de werking van de adviescommissie vastgesteld.

Artikel 10

Dit artikel opent de mogelijkheid voor de adviescommissie om zelf personeel aan te werven en stelt de bezoldigingsregels vast. Het personeel moet ten minste een eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs hebben en ten minste drie jaar beroepservaring in de sociale sector of een bachelordiploma.

Artikel 11

Dit artikel bepaalt dat de leden recht hebben op de vergader- en reisvergoedingen die door de Regering voor alle adviesorganen zijn vastgesteld.

Artikel 12 en 13

Deze artikelen wijzigen het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven in die zin dat het maatschappelijk middenveld in de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven zal worden vertegenwoordigd via, enerzijds, een vertegenwoordiger van de nieuwe adviescommissie voor personen met ondersteuningsbehoefte en - wegens het uitgebreide takenpakket van de Dienst voor zelfbeschikkend leven - via, anderzijds, een vertegenwoordiger van de gemeentelijke ouderenraden die zijn opgericht overeenkomstig artikel 66 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg. Artikel 35 van het decreet van 13 december 2016 wordt gewijzigd om ervoor te zorgen dat het maatschappelijk middenveld, via de oprichting van deze adviescommissie, structureel kan deelnemen aan het besluitvormingsproces over niet-persoonsgebonden beslissingen.

Artikel 14

Dit artikel bepaalt wanneer het decreet in werking treedt. Als datum van inwerkingtreding werd 1 november 2022 gepland, zodat de adviescommissie tegen 3 december, de internationale dag van personen met een handicap, kan worden geïnstalleerd.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte

HOOFDSTUK 1 – OPRICHTING EN TAKEN VAN DE ADVIESCOMMISSIE VOOR MENSEN MET ONDERSTEUNINGSBEHOEFTE

Artikel 1 – Oprichting van de adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte

Er wordt een adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte opgericht.

De adviescommissie krijgt rechtspersoonlijkheid. Ze heeft haar zetel in het Duitse taalgebied.

Art. 2 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° adviescommissie: de in artikel 1 vermelde adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte;

2° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3° VN-Verdrag: het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006.

Art. 3 – Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 4 – Taken van de adviescommissie

§ 1 - De taken van het adviescommissie omvatten:

1° het uitbrengen van adviezen en standpunten over de leefsituatie van mensen met ondersteuningsbehoefte in de Duitstalige Gemeenschap, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van het Parlement, de Regering, de gemeenten van het Duitstalige gebied of de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

2° het uitbrengen van adviezen over elke wijziging van dit decreet, hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van de Regering;

3° de constructieve begeleiding van en het toezicht op de uitvoering en de naleving van het VN-Verdrag en de uitwerking van manieren waarop aan inclusie kan worden gedaan;

4° de voortdurende gedachtenuitwisseling met de verenigingen van of voor mensen met ondersteuningsbehoefte in de Duitstalige Gemeenschap en het zorgen voor een nauwe samenwerking met hen;

5° het voordragen van kandidaten voor de aanwijzing van een vertegenwoordiger bij de raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven, bij de Commissie voor de toegankelijkheid van gesubsidieerde infrastructuur, opgericht bij het infrastructuurdecreet van 18 maart 2002, bij het Belgian Disability Forum, bij het comité voor het VN-Verdrag van het Interfederaal Centrum voor Gelijke Kansen en, in voorkomend geval, bij andere relevante organisaties.

De adviezen vermeld in het eerste lid, 1° en 2°, worden ingediend binnen een termijn van dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien dagen indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt.

§ 2 – Bovendien kan de adviescommissie:

- 1° activiteiten en projecten uitvoeren met het oog op de inclusie van mensen met ondersteuningsbehoefte en met het oog op voorlichting en bewustmaking van de samenleving;
- 2° alternatieve verslagen schrijven over de uitvoering van het VN-Verdrag;
- 3° optreden als eiser in rechtszaken in geval van discriminatie van mensen met ondersteuningsbehoefte, overeenkomstig de modaliteiten van het decreet van 19 maart 2012 betreffende de bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie.

§3 – Om haar taken te vervullen, kan de adviescommissie overeenkomsten sluiten met andere organisaties.

HOOFDSTUK 2 – SAMENSTELLING EN WERKWIJZE VAN DE ADVIESCOMMISSIE

Art. 5 – Samenstelling van de adviescommissie

§ 1 – De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd:

- 1° een vertegenwoordiger per vereniging van of voor mensen met ondersteuningsbehoefte die als vereniging zonder winstoogmerk is georganiseerd en haar zetel in het Duitse taalgebied heeft;
- 2° ten minste drie meerderjarige mensen met ondersteuningsbehoefte of personen belast met de opvoeding van minderjarigen met ondersteuningsbehoefte;
- 3° vier vertegenwoordigers van de gemeentelijke adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte, waarbij er twee uit het noorden en twee uit het zuiden van het Duitse taalgebied worden afgevaardigd.

Ten minste de helft van de stemgerechtigde leden bestaat uit mensen met ondersteuningsbehoefte of personen belast met de opvoeding van minderjarigen met ondersteuningsbehoefte.

De volgende leden van de adviescommissie hebben een raadgevende stem:

- 1° een vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° een vertegenwoordiger van het bevoegde departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- 3° een vertegenwoordiger van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 – De adviescommissie kiest uit haar stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een presidium dat bestaat uit een voorzitter en twee ondervoorzitters. Voor zover er overeenkomstige kandidaturen zijn, wordt ten minste een van de functies bekleed door een persoon die overeenkomstig § 1, eerste lid, 2°, is aangewezen.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk lid een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, 1°, worden aangewezen op de voordracht van hun organisaties die in de adviescommissie vertegenwoordigd zijn. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 2°, worden aangewezen via een openbare oproep in de plaatselijke pers. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 3°, worden aangewezen op de voordracht van hun gemeentelijke adviescommissies voor personen met ondersteuningsbehoefte. Het lid vermeld in § 1, derde lid, 3°, wordt aangewezen op de voordracht van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Indien een van de voordrachtgerechtigde organisaties geen kandidaat voordraagt en de installatie van de adviescommissie dus niet overeenkomstig § 1 kan plaatsvinden, wordt er toch van uitgegaan

dat de overige leden en plaatsvervangende leden van de adviescommissie correct zijn aangewezen en dat de adviescommissie correct is samengesteld.

Vacante mandaten kunnen ook na de installatie van de adviescommissie worden opgevuld overeenkomstig de procedure bepaald in § 1 en bepaald in het eerste tot het derde lid.

§ 4 – Het mandaat van de leden duurt vijf jaar en kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag eindigt het mandaat van de leden van de adviescommissie door de intrekking van het mandaat door de desbetreffende voordrachtgerechtigde vereniging.

Als een lid ontslag neemt, doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het ontslagnemende lid uit.

Als een mandaat in de adviescommissie vacant wordt, wijst de Regering een nieuw lid aan overeenkomstig de procedure bepaald in de §§ 1 en 3.

§ 5 – De adviescommissie kan vertegenwoordigers van verenigingen en organisaties horen die niet in de adviescommissie vertegenwoordigd zijn en ze kan deskundigen uitnodigen om met raadgevende stem aan sommige vergaderingen deel te nemen.

Art. 6 – Werkwijze van de adviescommissie

§ 1 – De adviescommissie neemt, binnen de eerste drie maanden nadat ze geïnstalleerd werd, een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Het huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de adviescommissie en in het bijzonder de volgende aspecten:

1° de regels voor het bijeenroepen van de adviescommissie en het plaatsen van punten op de agenda;

2° de regels voor het kiezen van de voorzitter, het kiezen van de ondervoorzitters en het voorzitterschap van de vergaderingen;

3° de regels voor de organisatie van de adviescommissie, de taakverdeling en de rechten en plichten van het presidium en van de leden.

§ 2 – De adviescommissie komt ten minste viermaal per jaar bijeen.

§ 3 – De beslissingen van de adviescommissie worden genomen bij meerderheid van de stemmen van de aanwezige leden. De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van haar leden aanwezig is. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Indien de adviescommissie niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviescommissie rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 4 – Voor het houden van de vergaderingen van de adviescommissie en voor alle evenementen en projecten die door de adviescommissie worden uitgevoerd, worden raamvoorwaarden geschapen die de deelname van mensen met ondersteuningsbehoefte mogelijk maken.

Art. 7 – Rapportering

In de loop van het eerste kwartaal van elk jaar maakt de adviescommissie een verslag over haar werkzaamheden in het afgelopen jaar en een werkprogramma voor het lopende jaar op en zendt die gelijktijdig toe aan de Regering en aan het Parlement.

HOOFDSTUK 3 – FINANCIËN, BEGROTING EN PERSONEEL

Art. 8 – Financiële middelen

Voor de uitvoering van haar taken beschikt de adviescommissie over een dotatie van ten minste 70.000 euro die voor dit doel is voorzien in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap.

De financiële middelen zijn doelgebonden. Zij kunnen worden gebruikt voor personeelskosten, werkingskosten en infrastructuurkosten.

De adviescommissie kan eigen middelen genereren en schenkingen en legaten ontvangen.

Art. 9 – Begroting

Elk jaar stelt de adviescommissie een begroting op voor het volgende jaar, die ter goedkeuring wordt voorgelegd aan de Regering.

De jaarbegroting wordt voor het einde van het derde kwartaal van het voorafgaande jaar ingediend bij de Regering, die binnen dertig dagen haar standpunt te kennen geeft. Indien de Regering binnen die termijn haar standpunt niet te kennen geeft, wordt de begroting geacht te zijn goedgekeurd.

Na goedkeuring zendt de Regering de begroting binnen een maand ter informatie toe aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

De adviescommissie dient de balansrekening en de resultatenrekening van het voorgaande jaar uiterlijk op 30 april van elk jaar in bij de Regering.

Art. 10 – Personeel

De adviescommissie kan eigen personeel in dienst nemen.

De adviescommissie heeft personeel in dienst ten belope van ten minste één voltijds equivalente betrekking. De functie kan door een of meer personen worden vervuld. Zij hebben ofwel minstens een bachelordiploma of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift, ofwel het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift en ten minste drie jaar beroepservaring in de sociale sector.

De bezoldigingsregeling van het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is van toepassing op het personeel van de adviescommissie.

Art. 11 – Vergoedingen

De stemgerechtigde leden van de adviescommissie en de deskundigen die met toepassing van artikel 5, § 5, de vergaderingen bijwonen, hebben recht op een verblijfs- en reiskostenvergoeding onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 4 – SLOTBEPALINGEN

Art. 12 – Wijzigingsbepaling

Artikel 21, § 1, eerste lid, 7°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt vervangen als volgt:

"7° de leden vermeld in artikel 20, tweede lid, 4°, elk op voordracht van de adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte en van de gemeentelijke adviescommissies ter behartiging van de belangen van ouderen."

Art. 13 – Wijzigingsbepaling

Artikel 35 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De structurele participatie van het maatschappelijk middenveld aan het niet-persoonsgebonden besluitvormingsproces wordt gewaarborgd door de oprichting van een adviescommissie voor mensen met ondersteuningsbehoefte."

Art. 14 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 november 2022.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS